

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



AMTS- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstube Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 225

Montag, den 26. September 1932

Jahrgang 105

Das Agrarprogramm der Reichsregierung

Kontingentierung der Einfuhr von Erzeugnissen des Garten- und Obstbaus, der Waldwirtschaft und der wichtigsten landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte — Milderung der Zinslasten durch teilweise Stundung von Hypothekenzinsen und Abbau der überhöhten Zinszuschläge — Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen durch Reichshilfe

Am 26. Sept. In seiner Rede auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München führte Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Frhr. von Braun, u. a. folgendes aus: „Das Agrarprogramm der Reichsregierung enthält nur wenige Maßnahmen, die die Landwirtschaft unmittelbar betreffen. Es soll der industriellen Arbeitslosigkeit steuern. Die Landwirtschaft weiß, daß das Arbeitslosenproblem der Städte in eminentester Weise auch ein agrarisches Problem ist. Es ist leicht zahlenmäßig nachzuweisen, wie stark der Konsum an Milch, Butter und Käse, an Obst und Gemüse infolge der mangelnden Kaufkraft zurückgegangen ist. Insofern darf man die Wirkungen des Agrarprogramms auf die Landwirtschaft nicht unterschätzen, aber allein mit der Erhöhung der Kaufkraft der Städte ist die Not der Bauern nicht zu bannen. Unter der Fron untragbarer Zinsen und dem Druck von Schlenderpreisen der Weltmärkte überflutender landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Weltmarktes kann der Bauer nicht auf die Dauer die Notwendigkeit der Erhaltung des deutschen Volkes nicht gewährleisten. Das Absinken unserer Veredelungswirtschaft ist nicht zuletzt eine Folge der einseitigen Förderung der Exportindustrie bedachten Handelspolitik der Nachkriegszeit, die zur Steigerung der deutschen Ausfuhr Zugeständnisse anderer Länder auf industriellen Gebieten durch zahlreiche Herabsetzungen landwirtschaftlicher Zölle erreichte.

Nach einigen Jahren schwerer Verluste durch völligen Preisverfall des Getreides auf dem Weltmarkt und nach Beseitigung der Getreidezollbindungen konnte Deutschland nunmehr im Gegenzug zu früher in der Brotgetreideversorgung den Eigenbedarf selbst decken und gewann auch in der Futtermittelversorgung ein früher nicht für möglich gehaltenes Maß von Unabhängigkeit. Die deutsche Landwirtschaft hat den Beweis erbracht, daß sie, geschützt gegen ausländische Ueberflutung, die Nahrungsmittelversorgung aus eigener Scholle sicherstellen kann.

Wir stehen in kommenden Jahren bei einer mittelguten Ernte bereits vor der Gefahr, daß wir eine Ueberproduktion an Getreide haben, die es nur mit erheblichen Reichszuschüssen möglich macht, die Getreidepreise auf auskömmlichem Niveau zu halten. Das würde zum Zusammenbruch auch dieses Zweigs der Landwirtschaft führen. Ich schätze die Bedeutung des Exportes für weite Zweige unserer Industrie und damit auch für die Behebung der Arbeitslosigkeit sehr hoch ein. Ich wünsche dringend, daß der Export sich steigern möge. Aber diese Rechnung allein auf Kosten der Landwirtschaft aufzustellen, wäre mit den Gefahren des „Reiters auf dem Bodensee“ zu vergleichen, der in diesem Falle das andere Ufer wahrscheinlich nicht erreichen würde. Die Reichsregierung ist sich dieser Gefahren bewußt, sie ist daher entschlossen, zum Schutze einheimischer Produktion die Einfuhr folgender landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontingentieren:

Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Tafeltrauben, die wichtigsten Sorten Obst, Nadelholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck u. Schmalz, Butter (vorbehaltlich der besonderen Verhandlungen mit einzelnen Ländern), Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle.

Die Reichsregierung hat für diese Erzeugnisse bereits bestimmte Kontingentsätze festgelegt. Vor deren Veröffentlichung ist sie mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage mit den beteiligten Ländern in Verbindung getreten. Die Erledigung ist in kürzester Zeit zu erwarten. Die mitgeteilte Liste stellt keine lückenlose Kontingentierung dar, wie sie von manchen Seiten der Landwirtschaft gefordert ist. Die Reichsregierung glaubt jedoch, eine Handelspolitik damit einzuleiten, die bei aller Rücksichtnahme auf die Arbeitslosenfrage in der Exportindustrie auch der deutschen Landwirtschaft wieder ihren Platz an der Sonne verschafft. Anfänge sind mit der Kündigung des schwedischen und des südslawischen Handelsvertrages bereits gemacht.

Von der Seite der Preise allein ist der Landwirtschaft jedoch nicht zu helfen. Vor allem sind es die Zinsen, die dem Landwirt ein nicht mehr tragbares Joch auferlegen. Die Zinslast, die früher mit einem Schwein bezahlt werden konnte, bedarf jetzt deren zwei. Infolge ihrer Unrentabilität werden auch die Gläubiger der Landwirtschaft auf das schwerste gefährdet. Die deutsche Landwirtschaft hat in jedem der letzten 3 Jahre 1,2 Milliarden zugelegt: 60 v. H. des Kleinbesitzes, 70 v. H. des Mittelbesitzes, 80 v. H. des Großbesitzes haben ihre Zinsen nicht mehr aus ihren Betriebsüberschüssen, sondern aus der Substanz bezahlt. Die Reichs-

regierung hat sich daher auf dem Gebiet der Hypothekenzinsen zu folgendem Wege entschlossen:

Die von den Landwirten für langfristige Hypotheken in den nächsten beiden Jahren zu tragende Zinslast wird um 2 v. H., jedoch nicht unter 4 v. H. — auf das Jahr berechnet — erleichtert. Der Landwirt hat diese zweimal zwei, also insgesamt 4 v. H., die er in den beiden nächsten Jahren nicht zu zahlen braucht, bei den Tilgungshypotheken erst am Schluß der Tilgungsperiode zu entrichten, ohne daß Zins und Zinseszins dafür berechnet wird. Auch bei Hypotheken, die keiner Tilgung unterliegen, soll der fortfallende Zinsanteil von 4 v. H. bei der Rückzahlung des Darlehens beglichen werden, jedoch in voller Höhe nur dann, wenn die Rückzahlung nach etwa 8 Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung des Hypothekendarlehens ermäßigt sich der nachträglich zu entrichtende Zinsbetrag nach einer vorgesehenen Staffelung. Die Zinsen für die Pfandbriefe erfahren durch Absenkung des Zinses der landwirtschaftlichen Hypotheken keine Kürzung.

Die Zinsentlastung erfolgt auch beim Personalkredit. Eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen wird dahin wirken, daß die überhöhten Zinszuschläge zum Abbau gelangen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, sich an der Vereinigung des Abschreibungsbedarfs bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften an zu beteiligen. Sie hofft dadurch die Zinsen, die der letzte Kreditnehmer zu zahlen hat, auf ein angemessenes Maß zu senken. Hierzu haben die Genossenschaften im Unter- und Mittelbau durch erhebliche Minderung der von ihnen bisher erhobenen Zinsspanne beizutragen. Die Hilfe wird über die preussische Zentralgenossenschaftskasse geleistet werden, deren Reorganisation hiermit Hand in Hand gehen wird.

Weiter hat der Herr Reichspräsident einem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt, der eine besondere Vergleichsordnung und einen stärkeren Vollstreckungsschutz für Besitzer und auch für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke vorsieht. Zur erleichterten Herbeiführung eines derartigen, die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes sichernden Vergleichs bietet die Notverordnung den Weg: Es ist vorgesehen, daß für den Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Aussicht auf einen Vergleich besteht, beim Amtsgericht ein Vermittlungsverfahren eröffnet wird, in dem eine geeignete Vermittlungsperson einen Schuldenausgleich herbeizuführen sucht. Während der auf drei Monate beschränkten Dauer des Verfahrens soll der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück in bestimmtem Umfang geschützt werden. Der Schuldenregelungsplan kann mit einer Zweidrittelmehrheit der ungeschützten Gläubiger mit bindender Wirkung auch gegen eine widersprechende Minderheit zur Annahme gelangen.

Der außerordentliche Tiefstand der Preise für Vieh, Vieherzeugnisse, Holz und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse macht es Betrieben in besonderen Notfällen nicht möglich, auch nur die laufenden Annuitäten der ersten Hypothek zu begleichen. Um in solchen Fällen eine Zwangsversteigerung zu vermeiden, ist in der Notverordnung vorgesehen, daß für diese Betriebe die einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung auch dann vorgenommen werden kann, wenn die Nichterfüllung der Verbindlichkeit auf außerordentliche Verluste der Betriebserträge durch Unwetter oder Viehseuchen zurückzuführen ist oder darin ihren Grund hat, daß die Preise der Produkte hinter den Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse seit Ende 1930 außerordentlich zurückgegangen sind. Unter den gleichen Voraussetzungen sollen die Pächter gegen eine Kündigung des Verpächters das Pachteinigungsamt anrufen können. Endlich ist für die Mißgeldforderungen bis zur diesjährigen Ernte gegebene Vollstreckungsschutz bis zur nächsten Ernte verlängert worden. Die Regierung weiß, daß diese Maßnahmen nur ein Anfang sind. Insbesondere kennt die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen im Winter nicht zu hungern brauchen. So wird die Fleischverbilligungsaktion wieder in Gang gesetzt werden.

Die Reichsregierung hofft, den Beweis erbracht zu haben, daß sie zwar die friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern erstrebt, ihr sogar schwere Opfer bringt, daß sie aber nicht gewillt ist, das deutsche Volk in einen kosmopolitischen Urbeil zu verwandeln, der jede nationale Kraft und jedes herzhaftes „An-sich-selbst-Glauben“ des Volkes ersticht.

Tages-Spiegel

Der Reichsernährungsminister hat in einer in München gehaltenen Rede das Agrarprogramm der Reichsregierung in seinen wesentlichen Zügen bekannt gegeben.

In Genf erhielt Reichsaußenminister v. Neurath Besuche Henderlons und des italienischen Delegationsführers Aloisi.

Der französische Ministerpräsident Herriot hat gestern eine politische Rede gehalten, in der er aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung eine solche der Aufrüstung machte.

Zwischen Japan und der Sowjetunion ist ein Abkommen über die Versorgung der japanischen Flotte mit russischem Petroleum abgeschlossen worden, dem große politische Bedeutung für die Lage im Fernen Osten zukommt.

In Basel stiegen gestern 15 Freiballons zum 20. internationalen Gordon-Bennet-Flug auf. Deutschland ist mit den Ballons „Deutschland“, „Barmen“ und „Stadt Essen“ vertreten.

Neue Unterredungen in Genf

Am 26. Sept. Der Reichsaußenminister hatte am Samstag eine Unterredung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderlons, die auf einen persönlichen Wunsch Henderlons zurückging. Nach der amtlichen Mitteilung haben die beiden Herren die Entwicklung, die die gegenwärtige Situation in der Abrüstungsfrage herbeigeführt hat, in freundschaftlicher Form durchgesprochen. Irgendwelche Entscheidungen konnten von den beiden Herren nach Lage der Sache nicht getroffen werden.

Der kabinettische Mussolini, Vizepräsident der Konferenz, stattete am Sonntagvormittag dem Reichsaußenminister im Hotel Carlton einen Besuch ab. Die längere Unterredung trug einen ausgesprochen vertrauensvollen und freundschaftlichen Charakter. Die Uebereinstimmung, die hinsichtlich der deutschen und italienischen Regierung in der grundsätzlichen Haltung zur Abrüstungsfrage besteht, ist in dieser Unterredung von neuem zum Ausdruck gekommen.

Neurath beabsichtigt vorläufig, Mitte der Woche abzureisen. Die Initiative für eine förderliche Weiterführung der Verhandlungen über die Gleichberechtigungsforderung liegt in Zukunft ausschließlich bei den Vertretern Frankreichs.

Rückgabe der japanischen Völkerbundsmandate an Deutschland?

Aus Washington verlautet, daß in Genf ein Plan ausgearbeitet werde, die von Japan verwalteten Südpazifikmandate an Deutschland zurückzugeben, falls Japan aus dem Völkerbund austreten sollte.

Neue Winkelzüge Herriots

Er stellt die „Wiederaufrüstung“ Deutschlands fest.

Am 26. Sept. Während eines Festessens, das der Präsident des Finanzausschusses der Kammer, Malvy, zu Ehren des französischen Ministerpräsidenten am Sonntag in Gramat gab, beschäftigte sich Herriot in einer großen Rede mit finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, vor allem aber mit der Abrüstung, Sicherheit und der deutschen Gleichberechtigungsforderung. Herriot benutzte die Gelegenheit, um gegen die deutsche Forderung Stellung zu nehmen und die Reichsregierung der offenen Verletzung des Versailler Vertrages zu beschuldigen. Die Schaffung des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe bezeichnete Herriot als die Vorbereitung der Jugend zum Kriege. Ferner betonte er, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands die Wiederkehr neuer Wahnsinnstaten bedeuten würde. Und es handele sich um eine Wiederaufrüstung Deutschlands. An Beweisen dafür mangelte es nicht. Herriot spielte hierbei auf Äußerungen des Reichswehrministers v. Schleicher an.

In seinen weiteren Ausführungen forderte er moralische Abrüstung und Sicherheit. Er sagte zum Schluß: Man muß ein Friedensstatut errichten, das alle europäischen Völker in dem gleichen Zustand der Sicherheit vereint und das selbstverständlich Deutschland seine volle Sicherheit garantiert. Er glaube zu wissen, daß hervorragende Mitglieder des Völkerbundes gegenwärtig ein Programm ausarbeiteten, das die Abrüstung in ein Verhältnis zur Sicherheit stellt. Unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtige Frankreich auf der völligen Achtung der Friedensverträge und der Völkerbundsatzung zu verharren.

Ministerpräsident Herriot hat sich unmittelbar nach seiner Rede in Gramat im Kraftwagen nach Genf begeben, wo er heute nachmittag eintreffen wird.

Gedanken zur Wirtschaftsnotverordnung

Von kirchlicher Seite sind wir um Aufnahme des nachstehenden Aufsatzes, dessen Verfasser der Theologe Kurt Herberger in Leipzig ist, gebeten worden.

Die Schriftlg.

Die Notverordnung „zur Behebung der Wirtschaft“ folgt den Vorschlägen der Arbeitgeberverbände: Senkung (bzw. Rückvergütung) der Steuern und der Abgaben, Auflockerung des Tarifvertrags. Wir alle hoffen, daß das erstrebte Ziel, die Wiedereingliederung von etwa einundviertel Millionen Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess erreicht werde. Freilich gewaltige Opfer werden abermals der deutschen Arbeiterschaft aufgebürdet, diesmal soweit sie noch in Arbeit steht, nachdem die Juniverordnung alle Arbeitslosen, Invaliden und Rentner außer Härtteste traf.

Die Verordnung „zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ bedeutet eine Lohnkürzung bis zu 12 v. H. In gefährdeten Betrieben kann der Lohn bis zu 20 v. H. gesenkt werden. Wie hoch sind gegenwärtig die deutschen Löhne? „Der Deutsche“, die Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, veröffentlichte am 31. August folgende Reihe von Spitzenstundenlöhnen aus den verschiedenen Industriezweigen: In der Metallindustrie Brandenburgs beträgt der tarifliche Stundenlohn eines Fabrikarbeiters 65 und 56 Pf. Die durchschnittlichen Schichtlöhne (7 bzw. 8 Stunden) im Steinkohlenbergbau sind für Oberschlesien 5,46, für Niederschlesien 5,36, für Westfalen 5,54, für Rheinland und Westfalen 7,08, für Aachen 6,30 RM.; im Erzbergbau liegen sie um 5,30 RM. Im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe geht die Spanne für einen Arbeiter von 86 bis 65 Pf. Im Lithographiegebiet Mittelfrankens erhält der ledige Arbeiter die Stunde 46 Pf., der verheiratete Hilfsarbeiter 54 Pf., der verheiratete Fertigmacher und Absprenger 60 Pf., der Maschinenschleifer 56 Pf., der Handwerker 62 Pf. und Arbeiterinnen 35 Pf. In der Textilindustrie Ostfachsens betragen die Stundenlöhne der Zeitlohnarbeiter 47 bis 52 Pf., der Zeitlohnarbeiterinnen 35 bis 42 Pf. In der schlesischen Schuhindustrie erhält der Arbeiter in Ostklasse I die Stunde 70 Pf., die Arbeiterin 52 Pf. Der Durchschnittslohn für Zigarrenarbeiter beträgt nach der neuesten Erhebung rund 29 Pf. Die Wochenlöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Pfalz liegen im Sommer zwischen 4,40 und 6,15, im Winter 2,90 und 4,10 RM. Von den Arbeitslöhnen gehen Steuern und Sozialbeiträge ab. Tatsächlich arbeiten bereits vor einem Jahre die noch Beschäftigten im Durchschnitt nicht mehr als fünfmal halb Stunden täglich. Im Mai dieses Jahres verfuhr die noch arbeitenden Bergleute im Steinkohlenbergbau im Durchschnitt nur noch 19 Schichten. Nach den Ausweisen über die vereinnahmten Wochenbeiträge der einzelnen Lohnklassen in der Invalidenversicherung verdiente im Jahre 1931 die Hälfte aller deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen nur bis 24 RM. in der Woche.

In gleicher Weise wie die weitere Herabdrückung des Lebensstandards unserer Arbeiterschaft erfüllt uns der Eindruck in das Tariffwesen und die unumschränkte Vollmacht der Regierung für einen Umbau unserer gesamten Sozialversicherung mit Besorgnis. Wie auch auf der diesjährigen Jahrestagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses eindringlich geäußert wurde, stehen wir gegenwärtig allerdings vor der großen Aufgabe, „einen angemessenen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Möglichkeiten und den sozialen Notwendigkeiten zu suchen“. Zwar erklärt die Regierung: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben. Der Tarifvertrag bleibt in seinen begrifflichen Merkmalen unberührt“. Und der Reichskanzler sieht „den wertvollen Kern des Tarifgedankens ... in der Sicherung der Existenzgrundlage des Arbeitnehmers, in der Verhinderung unlauterer Lohnkon-

turrenz und vor allem in der arbeitstechnischen Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände.“ Aber die bloße Sicherung eines Existenzminimums ist noch nicht der Sinn des Tarifwesens. Das Existenzminimum ist in einem wahrhaft sozialen Volksstaat jedem Glied des Volkes unmittelbar gewährleistet. Wir alle tragen gern die Steuerlasten, die den Arbeitslosen ihr Leben fristen helfen. Der Sinn des Tarifwesens ist die Anerkennung des Arbeitnehmers als gleichberechtigten Partners im Wirtschaftsprozess. Der unabhängige Tarifvertrag ist das einzige Mittel, mit dem sich der Lohnarbeiter einen größeren und gerechteren Anteil am Sozialprodukt und damit die kulturelle und wirtschaftliche Hebung seines Standes legal erkämpfen kann. Gehen in der Zeit der Krise verständigerweise auch die Tariflöhne zurück, so gewinnt die gesellschaftliche Wertung des Arbeiters, wie sie in der Tarifordnung zum Ausdruck kommt, doppelte Bedeutung. Der Arbeiter bekommt die Krise in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung ohnedies am empfindlichsten zu spüren. Um so peinlicher sollte seine arbeitsrechtliche Stellung als gleichberechtigter Staatsbürger und Wirtschaftspartner unangefastet bleiben. Wenn aber nach der neuesten Notverordnung der Arbeitgeber bei Neueinstellung von Arbeitern von sich aus den Lohn der Gelegenheitskräfte kürzen darf, wenn für gefährdete Betriebe der Schlichter, ohne die Gewerkschaften zu hören, das Einkommen des Arbeitnehmers bis um 20 v. H. mindern kann, dann ist die Unabhängigkeit des Tarifvertrags durchbrochen und die arbeitstechnische Zusammenarbeit aufgehoben. Der Leipziger Arbeitsrechtler Zug Richter schreibt in der Zeitschrift „Wege zur Arbeit“, es lasse sich der Eindruck nicht vermeiden, als ginge der Kampf der Arbeitgeber gegenwärtig gar nicht nur um eine Anbringung kleiner Verbesserungen in der bestehenden Art der Lohngestaltung, sondern „um den Tarifvertrag überhaupt und um Verbeibehaltung oder gänzliche Beseitigung der kollektiven Beeinflussung der Arbeitsbedingungen und der von der Allgemeinheit herkommenden staatlichen Einflüsse dar“. Aber „die Zurückdrängung der Arbeiterkoalitionen und der Tarifpolitik wäre, abgesehen von dem im Interesse der Wirtschaftlichkeit erforderlichen Korrekturen, geradezu ein Verbrechen an unserem, an der niedrigsten Grenze des Existenzminimums angelangten arbeitenden Volk in Stadt und Land“ stellte der Ehrenpräsident des Evangelisch-Sozialen Kongresses, Professor Baumgarten, in Karlsruhe fest.

Nur durch die größten Opfer kommen wir durch den Engpaß dieser Krise hindurch. So viel lastet aber schon auf den breiten Massen unseres Volkes, daß diese schwersten Einschränkungen nur dann tragbar sind, wenn sie durch eine um so größere Gerechtigkeit aufgewogen werden. So formulierte Gertrud Bäumer auf der Jahrestagung des Kongresses die christliche Haltung gegenüber den Gegenwärtigen. Am 28. Juli schrieb der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an den Reichskanzler im Zusammenhang mit der Bitte um Zurücknahme der Härten der Notverordnung vom 14. Juni, „daß derartige Entbehren nur auf allerhöchster Zeit getragen werden können, und auch nur dann, wenn alle Kreise unseres Volkes zu ähnlichen Opfern herangezogen werden.“ Wir begrüßen, daß die neue Notverordnung in die Gehaltsfestsetzung aller vom Reich subventionierten Betriebe eingreift. Der Reichskanzler hat sich dazu bekannt, „das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufbauen helfen“ zu wollen. So dürfen wir erwarten, daß er mit der gleichen Schärfe und Entschiedenheit, mit der die Eingriffe in die Existenz- und Rechtsgrundlage der Arbeitnehmererschaft erfolgt sind, auch eine Senkung der persönlichen Einkommen der gesamten Arbeiterschaft, soweit diese nur irgend gesetzgeberisch durchführbar ist, erzwingt.

der „deutschen Rüstungen“ vorläufig verzichte. — Der neue schwedische Ministerpräsident Per Albin Hansson hat dem König seine Ministerliste überreicht. Das Kabinett ist bekanntlich sozialdemokratisch. Außenminister ist Sandler, der früherer Ministerpräsident in einer anderen sozialdemokratischen Regierung war. — Die Ernährungslage in Sowjetrußland ist derzeit schlecht, daß die Sowjetregierung verschärfte Verordnungen über die Ablieferung von Nahrungsmitteln seitens der bäuerlichen Kollektive erlassen hat. — Die Handelskammer der Vereinigten Staaten, die Repräsentantin der Handelsinteressen des Landes, faßte den Beschluß, die allgemeine Einführung der 40-Stundenwoche zu unterstützen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für notwendig gehalten wird.

Die Städte zur Verwaltungs- und Finanzreform

II. Weimar, 25. Sept. Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, nahm Gelegenheit, zu Vertretern der Presse über bedeutsame Fragen der Staats- und Kommunalpolitik und über die Nöte und Forderungen der deutschen Städte zu sprechen. Er führte u. a. aus: Reform des Staates und Verwaltungsaufbau ist dringendes Gebot. Es muß jetzt Ernst damit gemacht werden, an Stelle der Reibungen und Ungleichheiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden aus der Initiative des Reiches heraus zu positiver Zusammenarbeit zu kommen. Es ist bedauerlich, daß die preussische Verwaltungsreform zunächst allein die staatlichen Angelegenheiten regelt. Ein solches Verfahren birgt die Gefahr unorganischer Lösung in sich.

Auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen ist es durchaus nötig, die Gemeindeverwaltungen leistungsfähig zu erhalten. Die darnach erforderlichen organisatorischen Maßnahmen müssen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Im Vordergrund steht die schwere Sorge: Werden die Städte auch in den kommenden Krisenmonaten imstande sein, die Erwerbslosen zu ernähren? Seit Mitte Juni ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen stark gestiegen. Der gesamte Fehlbetrag der Gemeinden für 1932 wird sich auf 500 bis 600 Millionen RM. belaufen. So geht es einfach nicht weiter. In wenigen Monaten werden viele Stadtverwaltungen vor der ersten Frage stehen, ob sie die Zahlung der Unterführungen oder ihren Anleihendienst einstellen sollen. Dotationen können hier nicht mehr helfen, sondern grundlegende Reformen. Die Pläne und Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung werden von den Städten begrüßt. Mit der finanziellen Neuordnung der Arbeitslosenhilfe würde im Rahmen der Befriedigung des ordnungsmäßigen Bedarfs ein besonders starker Antriebs der Wirtschaft erfolgen.

Der badische Staatspräsident gegen die Regierung Papen

II. Karlsruhe, 25. Sept. In einer Versammlung der Zentrumspartei befaßte sich Staatspräsident Dr. Schmitt mit der innenpolitischen Lage. Er bemerkte, die unvermittelte Auflösung des Reichstages sei eine Tragödie nach der sachlichen und nach der formellen Seite. Das Ziel der Auflösung des Reichstages sei die Verhinderung der Mehrheitsbildung durch Nationalsozialisten und Zentrum gewesen. Es werde aber immer deutlicher, daß die Auflösung eine schon von vornherein beschlossene Sache gewesen sei. Reichskanzler v. Papen habe die Verfassung nicht eingehalten. Das sei die Auffassung der gesamten Zentrumspartei. Die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens sei zu ersehen 1. in der Absetzung der Preußenregierung und 2. in der wiedererfolgten Auflösung des Reichstages. Diese bedeute einen schweren Schlag gegen den Gedanken des Rechtsstaates, gegen den Parlamentarismus und eine schwere Schädigung der Autorität des Reichspräsidenten.

Kleine politische Nachrichten

Kommunistische Ausschreitungen in Köln. Die KPD. veranstaltete am Sonntag in der Kölner Rheinlandhalle eine Kundgebung. Während diese Veranstaltung ruhig verlief, kam es im Laufe des Tages in der Stadt zu Ausschreitungen. So wurden am Nachmittag in Köln-Kalk Polizeibeamte, die einen kommunistischen Umzug auflösen wollten, mit Steinen, Flaschen usw. beworfen und auch beschossen. Die Beamten mußten schließlich von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Ein Kommunist wurde tödlich, zwei Polizeibeamte leicht verletzt.

Erhöhung des Brennrechts auf 85 Pr. beschlossen. Der Beirat der Reichsmonopolverwaltung für Brauntwein hat u. a. beschlossen, das Brennrecht von 70 auf 85 Pr. zu erhöhen und zwar im Hinblick auf den erhöhten Bedarf infolge der Erhöhung des Weimischungszwanges für Treibstoffe. Der Uebernahmepreis wurde auf 48,30 M. gesenkt.

Ende des Weberstreiks in Lancashire. Nach vierwöchiger Dauer des Weberstreiks in Lancashire ist nunmehr endlich — unter beträchtlichen Zugeständnissen der Arbeitgeber — eine völlige Einigung zwischen den Fabrikanten und den Webern erreicht worden. Damit geht der Riesenstreik, an dem rund 200 000 Textilarbeiter beteiligt waren, und der die englische Baumwollindustrie etwa 200 Millionen Mark kostete, seinem Ende entgegen.

Bombenanschlag auf Europäer in Indien. Indische Terroristen, die mit gestohlenen Polizeigewehren, Revolvern und Bomben bewaffnet waren, überfielen in der Nacht zum Sonntag das Assam-Bengal-Eisenbahnhöhnt in Chittagong (Bengal), wo sich eine europäische Abendgesellschaft versammelt hatte. Sie schleuderten eine Bombe in die Versammlung, durch die 3 Europäer verwundet wurden.

Einigung zwischen Kastenhindus und Parsias. Zwischen den Führern der Kastenhindus und der Parsias ist in der Gefängniszelle Gandhis in Bombay eine endgültige Einigung über die Frage der parlamentarischen Vertretung der unterdrückten Klassen zustande gekommen. Gandhi stimmte dem Abkommen zu. Die Bedingungen wurden am Wednesday telegraphiert. Sobald dessen Zustimmung eintrifft, kann Gandhi seinen Hungerstreik, der bereits über 100 Stunden gedauert hat, abbrechen.

Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm

— Frankfurt a. M., 25. Sept. Der Wirtschaftspolitiker der NSDAP., Gottfried Feder, stellte in einer Wahlversammlung das nationalsozialistische Programm der letzten Verordnung der Regierung Papen gegenüber. Die nach der letzten Regierungsverordnung geplanten Steuergutschriften bezeichnete Feder als Utopie. Das Volksganze werde von diesen Gutschriften so gut wie nichts haben. Von noch geringeren Erfolge werde der zweite Teil der Papienschen Verordnung sein, der das Arbeitsbeschaffungskapitel darstelle. Der Arbeitgeber, der bis zum letzten Augenblick alles getan habe, um seine Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen, werde stark benachteiligt. Dagegen werde der Arbeitgeber, der sofort beim Nachlassen der Beschäftigung seine Leute auf die Straße gesetzt habe, für sein unfajiziales Verhalten belohnt.

Demgegenüber erläuterte Feder das Programm der NSDAP., dessen oberster Grundsatz „Arbeit schafft Geld“ sei. Der Staat müsse in erster Linie als großer Auftraggeber in Erscheinung treten. Als derartige Arbeiten nannte der Redner Straßenbau, den Bau von großen Kraftzentralen, Schuttbauten zur Verhinderung von Hochwasserschäden, landwirtschaftliche Siedlungen, Heimstätten-siedlungen und Schutzmaßnahmen für die Grenzbevölkerung. Das alte Finanzierungssystem durch Anleihe und Bankkredite müsse zu immer neuem Glend führen, daher müsse sich die Regierung in ausgeprägterem Maße auf ihr Geldschöpfungsrecht besinnen. Es käme nicht darauf an, ob der Umlauf durch Gold oder Silber gedeckt sei. Die Hauptsache sei, daß der Laiville, der Wille des Volkes hinter dem Projekt stehe, was zu finanzieren ist. Während man auf der einen Seite einen Kredit gebe, würden die dafür aufgewandten Mittel sofort durch den geschaffenen Wert wieder gedeckt, namentlich wenn man sich darauf beschränke, Werte zu schaffen, deren Produktivität außer Frage stehe. Während also das Programm Papen sowohl von der praktischen wie auch von der finanziellen Seite versagen müsse, könne durch das Programm der NSDAP. die Arbeitslosigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit ganz erheblich vermindert werden.

Politische Kurzmeldungen

Berliner Pressemeldungen zufolge soll in Regierungs-kreisen ernsthaft der Plan erwogen werden, an einer besonderen Stelle, die etwa zwischen Reichskanzlei und Presseabteilung stehen wird, die gesamte für die Zwecke der Reichsregierung arbeitende Propaganda zusammenzufassen. Diese Propaganda soll beweglicher gestaltet und alle modernen Mittel in ihren Dienst gestellt werden. — Nach zuverlässigen Informationen wird Reichswehrminister v. Schleicher demnächst deutsche Militärattachees an allen großen Völkern ernennen. — Nach statistischen Erhebungen des Schlichters für die Provinz Brandenburg sind seit dem 15. ds. Mts. im Gebiet der Provinz Brandenburg, Berlin und der Grenzmark insgesamt in 66 Betrieben 1651 neue Einstellungen erfolgt. — In dem Tarifstreit im Ruhrbergbau fällt der Schlichter Prof. Braun einen Schiedsspruch, durch den die Lohnordnung unverändert um 4 Monate verlängert wird. — Die neueste Nummer des „Ruffhäuser“ meldet, daß die durch die Vorgänge bei der Reichspräsidentenwahl zwischen dem Ruffhäuserbund und dem Stahlhelm eingetretene Entfremdung durch persönliche Vermittlung des Reichspräsidenten beigelegt worden sei. — Die nationalsozialistische Fraktion des Sächsischen Landtags hat einen neuen Antrag auf Auflösung des Sächsischen Landtags eingebracht. Außerdem setzt sich die Fraktion für die Zusammenlegung der sächsischen Gemeindevorstände, die auf den 13. November angesetzt sind, mit der Reichstagswahl ein. — Zum Nachfolger des Grafen Grävina, dessen Amtszeit im nächsten Jahre abgelaufen gewesen wäre, ist nach Meldungen der polnischen Presse der Däne Hjalmar Nosting ausersuchen, ein Mann, der als ausgesprochener Polenfreund gilt. — In Brinn (Tschekoslowakei) wurden 7 Sudetendeutsche, die eine nat.-soz. Organisation gebildet hatten, zu der unerhört harten Strafe von 1 bis zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die naturnotwendige Folge des Branner Urteils wird sein, daß die ohnehin schon bestehende Verbitterung im nationalen Sudetendeutstum eine Vertiefung erfahren wird, die beiden Völkern der Tschekoslowakei nur zum Nachteil gereichen muß. — Herriot soll im Pariser Kabinettsrat erklärt haben, daß er auf die Veröffentlichung

Aus den Parteien

Die Kampfsziele des Zentrums

In einer Kundgebung der Kölner Zentrumspartei führte der stellv. Vorsitzende der Zentrumspartei, Abg. F o o s u. a. folgendes aus: Wenn sich die wirtschaftlichen Pläne Papens verwirklichen sollten, brauchten wir eine Regierung, die mit der Volkswirtschaft zusammenarbeiten, die die Wirtschaft auflökere, aber nicht so, daß den einen die Opfer aufgebürdet, den anderen die Geschenke gegeben würden. Auch die Produktionskosten des Staates müßten der Rationalisierung unterworfen werden. Das könne zu einem Umsfall unseres Steuerwesens führen, zu neuem Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern. Es sei gefährlich, wenn der Grundfab des Staates, die Verfassung, leicht genommen werde. Man solle nicht mit Konflikten spielen. Bismarck habe jahrelang gegen das Parlament regiert, aber nicht jeder Staatsmann sei ein Bismarck. Der bevorstehende Wahlkampf werde härter sein, als der bisherige. Die Parole des Zentrums laute: **Gesundung durch Befriedung**. Für eine Regierung, die die Volkswirtschaft achte, die sich auf dem Wege sozialer Gerechtigkeit bewege, und die das deutsche Recht in zäher Ausdauer mit Mitteln des Friedens suche und damit den deutschen Aufstieg begründe.

Kübe über den Wahlkampf

Die NSK. bringt einen Artikel mit der Überschrift: „Der Wahlkampf ist eröffnet!“, worin der Verfasser, Landtagsabg. Kübe, u. a. schreibt: Wir sehen in der Reichstagsauflösung vom 12. September nur den verzweifelten Versuch, die reaktionären Kreise der DNVP. und der DVP. unter allen Umständen in die dann notwendige Regierungsbildung einzuziehen. Eine neue Reichstagsauflösung mit der ewig alten Begründung, Hitler dürfe nicht an die Macht, würde die Fundamente des deutschen Staatslebens aufs schwerste erschüttern. Eine Uebernahme der politischen Leitung durch die Kreise um Eugenbergr findet nach dem 6. November so wenig unsere Anerkennung und Billigung wie vorher. Es handelt sich bei dem nun beginnenden Reichstagswahlkampf nur um den kläglichen Versuch, unter allen Umständen den Zeiger der Weltenuhr rückwärts zu stellen.

Kübe wendet sich dann gegen die Angriffe — insbesondere der Deutschnationalen — wegen der Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum und bemerkt dazu, der Nationalsozialismus habe bei allen Koalitionen in den Ländern bisher gezeigt, daß er auch nicht einen Punkt von seinen Forderungen aufzugeben gewillt sei.

Nationalsozialistische Antwort an Hans Grimm und August Winnig

Unter der Überschrift „Eine Frage und eine Antwort“ nimmt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. zu der in der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlichten „Deffentlichen Bitte“ von Hans Grimm und August Winnig Stellung. Sie erklärt hierzu u. a.: Die nationalsozialistische Bewegung läßt sich weder in eine klassenkämpferische Arbeitnehmfront noch in eine klassenkämpferische Arbeitgebertfront hineintreiben. Wer eine solche Möglichkeit überhaupt für gegeben hält und diskutiert, beweist, daß er den Sinn der nationalsozialistischen Bewegung nicht begriffen hat, denn eines seiner Hauptziele steht der Nationalsozialismus gerade in der Ueberwindung des Klassenkampfes. Wenn heute die Regierung v. Papen und eine neben ihr stehende kleine reaktionäre Schicht den ebenso aussichtslosen als unverantwortlichen Versuch unternähme, diese durch Adolf Hitler neu geschaffene Front des deutschen Volkes durch unförmliche Maßnahmen zugunsten einseitiger Sonderinteressen zu zerstören, so bleibt die nationalsozialistische Bewegung sich selbst und ihrem Kampf für die Volksgemeinschaft treu, wenn sie diesem Zerstörungswerk mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentritt.

Ein Wort zum neuen Wahlkampf

Vom Evangelischen Presseverband für Württemberg wird uns geschrieben:

Wieder steht unserem Volk ein schwerer Wahlkampf bevor. Nach den Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe kann man der Art, wie nun aus neue die politischen Auseinandersetzungen erfolgen und um die Stimmen der Wählerchaft erworben werden mag, nur mit ernstester Sorge entgegensehen. Werden nun wieder die parteipolitischen Leidenschaften bis zum Neubersten aufgepeitscht? Wird eine neue Welle politischen Hasses über unser Volk dahindrausen? Wird aus neue Mut und Wille zum Aufbau gelähmt, das Vertrauen zum Staat erschüttert werden? Oder wird endlich so etwas aufmachen wie das Gefühl deutscher Schicksalsverbundenheit? Wird man bei dem schweren Los, das die Ueberzahl der Deutschen in allen Schichten zu tragen hat, aufhören, nur auf Sündenböcke Jagd zu machen, und innwerden, daß die erste Bedingung des Aufstiegs die Lösung ist: „Einer trage des andern Last“? Wird bei der Aussprache über die Wege zur deutschen Freiheit und zum wirtschaftlichen Aufbau endlich einmal die Sachlichkeit zur Geltung kommen statt des Schlagwortes?

Es ist hohe Zeit zur Selbstbefinnung für die Parteien! Wer ins Volk hineinragt, der nimmt bei einfachen wie bei hochgebildeten, bei den Älteren wie in den Kreisen der Jugend in steigendem Maß eine Stimmung wahr, die von den Parteien und ihren Führern sehr ernsthaft beachtet werden sollte. Immer häufiger hört man sagen: „Wem soll man noch trauen? Ich glaube überhaupt nichts mehr!“ Man ist weifim des Parteiwesens satt geworden, man verzichtet auf den Besuch der Wahlversammlungen, man verzichtet auf den Flugblätter weg, „weil man ja doch bloß angelogen wird“. Man ist es müde, sich vor der Wahl Versprechungen machen zu lassen, die sich nachher als unmöglich erweisen. Man ist es müde, Volksgenossen, mit denen man im alltäglichen Leben, in Beruf, Familie und Nachbarschaft zusammengeführt wird, als Volkseinde, Vaterlandsverräter, Reaktionäre und minderwertige Menschen verdächtigen zu lassen, nur weil sie eine andere politische Einstellung haben. Man ist es müde, aus den Parlamenten Berichte über unfruchtbare Partei-

Neue Notverordnungen in Württemberg

Wichtige Mitteilungen der Regierung im Finanzausschuß des Landtags — Die Finanzlage des Landes — Etatsdefizit 1932-33 13,6 Millionen RM; Kassenabmangel jezt 9,85 Mill. — Neue Notverordnungen mit Änderung des Zeitpunkt der Auszahlung der Beamtengehälter — Einführung der Schlachtsteuer ab 1. Oktober 1932.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses des württ. Landtags vom Samstag stand bescheiden: „Entgegennahme von Mitteilungen der Regierung“. Die Sitzung selbst war eine hochbedeutende, betrafen doch die Mitteilungen der Regierung die Darstellung der Finanzlage des Landes und die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zu einer starken Verminderung des Defizits des Stats.

Finanzminister Dr. Dehlinger gab eine eingehende Uebersicht über die Lage der württ. Staatsfinanzen. Der Abmangel für das Etatsjahr 1932-33 berechnet sich nunmehr auf 13,6 Mill. RM. Das Kassendefizit, das der Finanzminister in seiner Landtagsrede am 3. Juni bereits mit 9,5 Mill. RM. feststellte, ist inzwischen auf 9,85 Mill. gestiegen. Statt 16 Mill. hat der Finanzminister nur noch 5 Mill. in der Staatshauptkasse. Die Ursache liegt in dem weiteren starken Rückgang der Steuererträge. Während die Landessteuer nur um ¼ Mill. RM. zurückgegangen ist, droht bei den Reichsteuerüberweisungen ein Ausfall von 25 Mill.; das Reich selbst hat einen Ausfall von 300 Mill. In der Konferenz der Finanzminister mit dem Reich habe man sich mit der Frage beschäftigt, wie den Ländern höhere Einnahmen gegeben werden können. Vorerst sei da aber nichts zu erhoffen. Es wurde von Reich und Ländern ein Ausschuss eingesetzt zwecks Untersuchung von weiteren Ersparnisöglichkeiten. Die Hauptzwecke seien hier eine **Fiscalreform** und die Prüfung der Personalausgaben. Württemberg habe bei dieser Lage die verantwortliche Pflicht, von sich aus für eine mögliche Ausgleichung des Stats Sorge zu tragen. Ein geordneter Staatshaushalt sei erste Staatsaufgabe. Die Regierung habe daher den Erlass einer 5. und 6. Notverordnung vorbereitet.

Der Finanzminister erläuterte den Inhalt dieser geplanten Notverordnungen. Die **fünfte Notverordnung des Staatsministeriums zur Sicherung des Haushalts von Staat und Gemeinden** sieht als Hauptpunkt vor eine Aenderung des Zeitpunktes der Auszahlung der Dienst- und Versorgungsbezüge. Bestimmt wird hier: „Die monatlich voranzahlbaren Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen werden zur Hälfte des Monatsbetrages im Voraus bezahlt. Der Rest der in Abs. 1 genannten Monatsbezüge wird am letzten Werktag jeden Monats nachbezahlt. Das nähere bestimmt das Finanzministerium; es ist insbesondere ermächtigt, zur Vermeidung von Härten schrittweise zu der neuen Zahlungsweise überzugehen.“

Die Vorschriften gelten auch für die Angestellten des Staates. Für die Gemeinden, Amtskörperschaften und Zweckverbände gilt Art. 38 der 3. Notverordnung des Staatsministeriums entsprechend. Art. 8 der 3. Notverordnung enthält verschiedene Aenderungen. Durch eine „Sechste Aenderung des Körperschaftsfortgesetzes“ erhält dessen Art. 12 eine wichtige Aenderung. Der jährliche Bewirtschaftungsbeitrag der Körperschaften an die Staatskasse für den Aufwand der technischen Betriebsführung des Waldes wird für das am 1. Juli 1932 beginnende Beitragsjahr herabgesetzt. Hierdurch entfällt dem Staat ein Ausfall von 150 000 RM.

Art. 4 der fünften Notverordnung sieht eine weitere Hinausschiebung der Durchführung des achten Schuljahres vor. In den Gemeinden, für die das Kultministerium auf Antrag des Gemeinderats die Hinausschiebung nach dem Gesetz vom 7. Mai 1927 bis 1. März 1933 genehmigt hat, wird über diesen Zeitpunkt hinaus die Durchführung des 8. Schuljahres bis auf weiteres verschoben, soweit nicht ein Gemeinderat etwas anderes beschließt. Kultminister Dr. Waßle wies auf die Gründe hin, die für die seinerzeitige Hinausschiebung des 8. Schuljahres in den meisten ländlichen Gemeinden maßgebend waren. Es galt die Vermeidung finanzieller Mehrbelastungen durch neue Schulräume oder neue Lehrstellen mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen. Die Lage zwang ferner die Landwirtschaft zur Verwendung eigener Kräfte. Die Not ist seither nicht geringer, sondern größer geworden. Man könne unmöglich die Belastungen nun vornehmen und die Landkreise verzögern.

Die Sechste Notverordnung des Staatsministeriums zur Sicherung des Staatshaushalts (Fleischsteuergesetz) sieht die Einführung der **Schlachtsteuer** vor. Der Fleischsteuer unterliegt die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen und Schafen, die Einfuhr von Fleisch dieser Tiere in frischem oder zubereitetem Zustand, sowie von Fleisch und

Wurstwaren in das Gebiet des Landes Württemberg (Ausgleichsabgabe). Steuerpflichtig ist, wer Rindvieh, Schweine oder Schafe auf eigene Rechnung schlachtet oder schlachten läßt. Die Steuersätze bewegen sich auf der Grundlage von Bayern und Preußen. Sie gehen für die einzelnen Tiere je nach Art und Gewicht von 1,50 bis 36 RM. Bei Hausschlachtungen beträgt der Steueratz für 1 Schwein 2 RM.

Bei Beginn der Aussprache erklärte zunächst der nationalsozialistische Vorsitzende, daß der Erlass von Notverordnungen nicht in die Verantwortlichkeit des Landtages, sondern der Regierung falle. Redner des Bauernbundes und des Zentrums befürchteten von der Schlachtsteuer, daß diese auf die Landwirtschaft abgewälzt wird. Dagegen müsse man sich wenden. Die Belastung hieraus betrage etwa 8 Prozent der Großviehpreise. Redner der Sozialdemokratie und der Kommunisten lehnten die Notverordnung ab. Von der Sozialdemokratie wird die Einschaltung des Landtags verlangt. Es sei nicht Aufgabe des Landtags, mit Deckungsvorschlägen hervorzutreten. Die Initiative liege hier bei der Regierung. Zur Schlachtsteuer weist der Finanzminister darauf hin, daß neun Zehntel der Länder sie bereits haben. Noch nicht eingeführt sei sie in Württemberg, Hessen Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg. In diesen Ländern stehe sie aber überall zur Behandlung und fällt demnach die Entscheidung. Bayern habe noch eine Wohlhabtssteuer eingeführt, Preußen den Einbehalt von 25 Prozent der Beamtengehälter. In Oldenburg habe eine nationalsozialistische Regierung, ohne den Landtag zu befragen, eine Gehaltskürzung von 2-20 Prozent mit Hinausschiebung der Gehaltszahlungen vorgenommen, ferner die Schlachtsteuer eingeführt.

Landtagspräsident **Mergenthaler** erklärt, man solle den Versuch machen, wegen der Dedung des Defizits, sowie zur Nachprüfung von Ersparnisöglichkeiten an den Landtag heranzutreten. Von nationalsozialistischer Seite wird hierfür als Termin der 11. Oktober vorgeschlagen. Staatspräsident Dr. Volz wies gegenüber Ausführungen verschiedener Redner hin auf die Beantwortung der Großen Anfrage des Zentrums am 3. Juni 1932 über die Finanzlage des Landes Württemberg. Die Regierung habe damals gegenüber dem Lande volle Klarheit gegeben. Die jetzigen Notverordnungen seien lediglich die Folge. Ein Nationalsozialist führte aus, daß Anleihen jetzt nicht möglich seien. Die Verschlebung der Gehaltszahlungen bringe keine haushaltmäßige sondern nur eine kassenmäßige Entlastung. Die Notverordnungen könnten vermieden werden durch Schaffung einer Mehrheitsregierung im Landtage. Die Regierung in Oldenburg habe ihre Notverordnungen deswegen erlassen können, weil sie eine Landtagsmehrheit hinter sich wisse.

Abgelehnt wird mit 4 Ja (Komm., Soz.) gegen 8 Enthaltungen mit 5 Stimmentweigerungen (NSDAP.) der Antrag **Köhler** (Komm.): Der Finanzausschuß wolle beschließen: Der Finanzausschuß lehnt die vom Staatsministerium vorgelegten Notverordnungen (fünfte Notverordnung zur Sicherung des Haushalts von Staat und Gemeinden, sowie sechste Notverordnung zur Sicherung des Staatshaushalts) ab und stellt damit dem Staatsministerium anheim, dem Landtag die für notwendig befundenen Maßnahmen auf dem Wege der Einreichung von ordentlichen Gesetzesentwürfen vorzuschlagen. — Die Entschliebung Köhler (Komm.): „Der Finanzausschuß gibt seinem Willen dahin Ausdruck, daß eine unverzügliche Stellungnahme des Landtags zu den Plänen des Staatsministeriums (fünfte und sechste Notverordnung) und zu den jüngsten Notverordnungen des Reichspräsidenten unerlässlich ist; er befürwortet die Einberufung des Landtags auf Dienstag, 27. Septbr. 1932“ wird abgelehnt mit 4 Ja (Komm., Soz.) gegen 7 Nein und 6 Stimmentweigerungen (NSDAP., CBD.). Ebenso verfällt der Ablehnung der Antrag der Sozialdemokratie: „Der Ausschuss wolle beschließen: Die von der Regierung beabsichtigte weitere Hinausschiebung des 8. Schuljahres auf dem Verordnungswege entbehrt der rechtlichen Grundlage.“ (6 Ja, Soz., Komm., CBD., 6 Nein, 5 Stimmentweigerung NSDAP.).

In der Aussprache war noch verlangt worden, daß die in die vorgesehene Notverordnung mit aufgenommene Fiskalsteuer vom Landtag erledigt werden solle. Staatspräsident Dr. Volz erklärte, daß diese herausgenommen werden könne. Auf Grund der Abstimmungen wird es nunmehr zum Erlass der Notverordnungen kommen.

reden und über unwürdige Auftritte zu lesen und für diesen Apparat Millionen an Steuergeldern zu zahlen, während jedem die Not auf den Nägeln brennt. Immer dringlicher wird der Ruf nach wirklicher politischer Arbeit, nach einer politischen Führung, die sich durch Sachlichkeit und durch Leistungen zum Besten des Volkes ausweist. Wir können nur dringend mahnen, an diesen Stimmungen nicht vorüberzugehen, auch wenn sie sich nicht in lauten Kundgebungen, sondern in erbitertem Schweigen äußern. Es bahnt sich auf diesem Weg eine Krise für das gesamte Parteiwesen und eine Wandlung des ganzen politischen Lebens an.

Soll es gesunden, dann muß Schluss gemacht werden mit einer Art des politischen Kampfes, die zur Totengrüberin der Volksgemeinschaft wird. Dann darf man sich durch Augenblickserfolge der Agitation nicht täuschen lassen. Dann muß geredet, gekämpft und gearbeitet werden aus der Verantwortung für den Staat und das Allgemeinwohl. Dann müssen Waffen der Wahrheit und der Gerechtigkeit geführt werden und muß auch die Kritik am Gegner aufbauend und sachlich, nicht herabreichend und giftig sein. Nur so kann auch die politische Rede, deren Kredit nachgerade in weitesten Kreisen auf den Nullpunkt gesunken ist, wieder Wert und Gewicht erhalten. Millionen entgegnen Deutscher warten darauf. Es gilt einen Gesundungsprozess auf lange Sicht einzuleiten. Die Parteien, die den entschlossenen Mut auf-

bringen, damit bei sich selbst anzufangen, werden einst auch die Früchte ernten.

Aus Württemberg

Der neue Landeskommendant in Württemberg

Das Reichswehrministerium teilt mit: Mit dem 1. Oktober 1932 wird der württ. Oberst **Tscherning**, Kreiskommendantur des Art.-Regts. 5, zum Landeskommendanten in Württemberg ernannt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 26. September 1932.

Dienstaadricht

Die Wiederwahl des Bürgermeisters **Johann Georg Schabbe** in **Marktinsmos** zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde ist vom Oberamt Calw bestätigt worden.

Wetter für Dienstag und Mittwoch

Hochdruckgebiete finden sich im Südosten und Nordwesten, dazwischen mit dem Kern über Frankreich eine Depression. Unter diesen Umständen ist für Dienstag und Mittwoch nur zeitweilig aufheiterndes, in der Hauptsache noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Abendmusik in der Evang. Stadtkirche

Der Evang. Kirchengesangverein Calw hat am gestrigen Sonntag seinen Freunden mit einer Abendmusik in der Evang. Stadtkirche wieder eine erhebende Stunde reinen Musikerlebens geschenkt.

Das schwäbische Hausgetränk.

In Süddeutschland, besonders aber in Württemberg, wird der größte Teil des jährlichen Obstertrages zur Bereitung von Most verwendet.

Die Zubereitung des Obstes zu Most ist sehr einfach, aber nichtsdestoweniger von großer Wichtigkeit.

Mahlen und Auspressen der Früchte muß mit größter Reinlichkeit verfahren werden. Rein und sauber muß das Obst gemacht werden, ehe es gemahlen wird.

Zum Mosten benütze man nur ganz ausgereiftes Obst, das zuderreich ist. Man mische beim Mosten süßes und saures Obst, Äpfel und Birnen.

Die Mostbereitung wird auf folgende Weise vorgenommen: Nachdem das Obst zerkleinert ist, läßt man die Maische einen Tag (aber nicht länger) in einem Zuber oder einer Gärstunde mit Deckel stehen und preßt dann den Saft leicht ab.

Schömberg Dtl. Neuenbürg, 25. Sept. Die Zweigapotheke in Schömberg soll in eine Vollapotheke umgewandelt werden.

Pforzheim, 25. Sept. Ein ganz unglückseliger Fall ereignete sich mittags in einem Hinterhause der Güttingerstraße. Die Tochter einer Kriegervitwe, die 16 Jahre alte Elfriede Schneel, kam vom Speicher herunter.

Bondorf Dtl. Herrenberg, 25. Sept. Die 9jährige Christine Cupper brachte beim Dreschen die Hengabel in das Schwungrad der Dreschmaschine, wodurch ihr der Gabelstiel so unglücklich auf den Leib schlug, daß ein Darm platzte.

Stuttg. 25. Sept. Voraussichtlich am 8. Oktober wird die Königsstraße zwischen Kanzlei- und Büchsenstraße wegen Umbauarbeiten für 2 bis 3 Wochen gesperrt.

Stuttg. 25. Sept. Das Cannstatter Volksfest auf dem Waisen hatte am Sonntag wieder einen Riesenzulauf. Eisenbahnen und Straßenbahnen hatten Hochbetrieb.

Turnen und Sport

Länderspiele:

In Nürnberg: Deutschland-Schweden 4:3
In Oslo: Dänemark-Norwegen 2:1
In Stockholm Schweden-Litauen 8:1

Städtepiele:

München-Berlin 5:3 (0:3)
Bezirksliga Gruppe Württemberg:
Stuttgarter Sportklub 1:1
Pforzheim-Sportfr. Ehlingen 6:2

Handball der Turner

Lv. Schömberg I. - Lv. Hirsau I, 2:10 (1:0)
Einen hohen Sieg konnte die Hirsauer Mannschaft in Schömberg erringen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Die Auswirkung der Steuergutscheine
für die Landgemeinden ist eine recht erfreuliche. Wenn man den Steuernachlaß für die Katastersteuerzahler, also die Grunde-, Gebäude- und Gewerbesteuerzahler der Gemeinde, berechnet (unberücksichtigt ist hierbei das Umsatzsteueraufkommen), ergibt sich z. B. für die Gemeinde Agerbach ein Nachlaß von über 6500 RM., Altbillich ein solcher von rund 4900 RM., für Altburg von über 8200 RM., für Althalden von rd. 593 RM.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 24. Sept.
Obst: Tafeläpfel 10-20, Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 4-8, Tafelbirnen 10-25, Preiselbeeren 20-25, Pfirsiche 20 bis 35, Walnüsse 30-50, Zwetschgen 9-12; Gemüse: Kartoffeln 2,2-3, Stangenbohnen 16-25, Kopfsalat 5-10, Endivienalat 5-8, Wirsing (Rohkraut) 5, Weißkraut rund 3, Rotkraut 4-5, Blumenkohl 1 Stück 10-40, rote Rüben 5-6, gelbe Rüben 4-5, Karotten runde 1 Bund 7-12, Zwiebel 5-6, Gurken große 1 Stück 20-30, kleine 100 Stück 55-60, Rettiche 4-6, Monatsrettiche 1 Bund 6-7, Sellerie 6-20, Tomaten 4-6, Spinat 10-12; Kopfkohlraben 3-4.

Stuttgarter Großmärkte
Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardspfad: Zufuhr 100 Zentner, Preis 2,30-2,70 M für 1 Ztd. - Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 600 Ztr., Preis 5,20-5,60 M für 1 Zentner.

Calwer Wochenmarkt
Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt:
Kartoffeln Pfd. 5 Pfg., der Zentner 3,50 M, Blaukraut 10, Weißkraut 8, Wirsing 10, Spinat 15, gelbe Rüben 8 und 10, rote Rüben 10, Bohnen 20 und 25, Zwiebeln 10, Tomaten 10, Zwetschgen 12 und 20, Birnen 15-40, Pfirsiche 20-40, Äpfel 20, Trauben 35, Brombeeren 30 Pfg. je das Pfd.; Endivien 10, Kopfsalat 6-15, Blumenkohl 10-35, Rettiche 4-10, Gurken 10-30 Pfg. je das Stück; Essiggurken 100 Stk. 50 Pfg.; Volkereibutter 1,60, Landbutter 1,30 M das Pfd.; Eier 9,5 Pfennig das Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrslosten in Zuschlag kommen. Die Schriftf.

Statt jeder besonderen Anzeige
Tieferschütternd geben wir zur Kenntnis, daß meine geliebte Frau, unsere unvergeßliche Tochter, Schwester und Nichte
Marga Aks
geb. Kohler
am 20. September 1932 im 23. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.

Hals-, Nasen- u. Ohrenarzt
Dr. Spatze zurück!
Sprechstunden von 10-11, 3-6 Uhr
Telefon 1731
Pforzheim, Leopoldstr. 6

In den letzten Tagen sind wieder viele
neue Kleiderstoffe für Herbst und Winter
eingetroffen
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten
Paul Räuchle, G. m. b. H., am Markt, Calw

Billig werben? - Durch Anzeigen werben!
Die Zeitungsanzeige ist das billigste Werbemittel, weil es das erfolgreichste ist.
Für den Bruchteil eines Pfennigs schon trägt sie dem einzelnen Leser das ausführliche Angebot ins Haus. Wozu also zweifelhafte und unnütze Experimente?
Man spart überflüssige Ausgaben durch die Zeitungs-Anzeige!

Bergebung von Bauarbeiten.
Für den Wohnhaus-Neubau des Herrn Erhard Hahn, Gartenmeister in Calw, habe ich die
Beton-, Maurer-, Eisenbeton-, Zimmer-, Dachdecker- und Flaschnerarbeiten
zu vergeben.
Die Unterlagen können am Dienstag, den 27. ds. Mts., zwischen 8 und 12 Uhr, in meinem Büro eingesehen und abgeholt werden.
Abgabetermin für die Angebote Donnerstag, den 29. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr.
Th. Aber, Architekt, Lederstr. 30 II

Zwangsvollstreckung.
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Dienstag, d. 27. 9., 10 Uhr
in Bad Liebenzell
1 Plüschdivan, 1 Schreibstisch mit Aufsatz, 1 Kontrollkassette, 1 Vertikal. Zusammenkunft beim Rathaus.
Ger.-Vollz.-Stelle.
Sommerliche kleine
3-Zimmer-Wohnung
zu vermieten
Christian Buhl
Lederstr. 25.
Brennholz- und Birkenhaaarwasser
für Haare und Haarboden.
Flasche Mk. 1.35 bei
K. Otto Vinçon, Calw

Rehrichtheimer
in jeder Größe empfiehlt
Carl Herzog
Eisenhandlung